

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M., Beleggeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg., Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4598. — **Postfachkonto** Nr. 53477

**Redaktion:** Leipzig, Tauscher Str. 19/21  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telefon 18693. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauscher Straße 19/21 — Telefon 4598

**Inseratenspreise:** Die 7 gespaltene Kolonelleise oder deren Raum 1.90 M., bei Platzvorschrift 2.90 M.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M., Restame-Kolonelleise 7.50 M. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

## Deutschlands Vorschläge für die Abrüstung.

Spa, 7. Juli. In der heutigen dritten Sitzung der Konferenz schilderte Reichsminister Dr. Simons zunächst die Schwierigkeiten, die für Deutschland mit der Forderung auf sofortige Ablieferung des Heeresmaterials und gleichzeitige Herabsetzung der Heeresstärke verbunden seien. Trozdem wolle Deutschland bestimmte Daten und Zahlen über die Materialablieferung und Heeresverminderung geben, "hege aber die Erwartung, daß die Alliierten bei den weiteren Verhandlungen Verständnis für seine wirtschaftliche Lage bewiesen, daß sie es bei Unterdrückung des Wirtschaftsschuggels aus dem besetzten in das unbesetzte Gebiet unterstützten und daß sie insbesondere auf dem Abmarsch der Garnisonen aus den Orten der neutralen Zone nicht beständen, da andernfalls dort Revolten, zum mindesten aber schwere Beunruhigung und Flucht der seltenen Industriekreise unvermeidlich seien.

Darauf legte General v. Seeckt ausführlich den Plan wegen Ablieferung des restierenden Heeresmaterials und der allmählichen Herabsetzung der Truppenstärke dar. Die Verminderung der Reichswehr könne daher nur sehr allmählich erfolgen. Sie solle bis zum 1. Oktober 1920 auf 100 000 Mann, bis zum 1. Januar 1921 auf 180 000, bis zum 1. April 1921 auf 180 000, bis zum 1. Juli 1921 auf 180 000, schließlich bis zum 1. Oktober 1921 auf 100 000 Mann durchgeführt werden.

Lloyd George erwiderte, die eigenen Angaben des Generals zeigten, wie berechtigt die tiefe Besorgnis der Alliierten vor dem gegenwärtigen militärischen Zustande Deutschlands sei, weil jetzt über die im Friedensvertrage zugelassene Zahl hinaus noch 3 Millionen bewaffnete sich im Lande befänden. Das bedeute eine bedrohliche Bedrohung nicht nur der deutschen Regierung selbst, sondern aller Nachbarstaaten mit bolschewistischen Angriffen. Er begreife nicht, wie die deutsche Regierung daran denken könne, solche Zustände auch nur fünf Wochen, geschweige denn fünf Vierteljahre bei sich zu dulden. Sie solle jetzt eine Probe ihrer Macht geben. Lloyd George schlug vor, daß die militärischen Sachverständigen der beiden Parteien über die im einzelnen abweichenden Ziffern betr. das Heeresmaterial sowie über die Kläufeln wegen der Marine und der Luftflotte sich sofort verständigen sollten und daß die Leiter der alliierten Delegationen mit ihren militärischen Sachverständigen die Vorschläge der deutschen Regierung beraten sollten. Morgen um 12 Uhr würde dann die endgültige Antwort auf die Vorschläge erteilt werden.

Nach der Sitzung traten sofort die militärischen Sachverständigen zu der vorbereiteten Sonderbesprechung zusammen. Dabei wurde über die Ziffer des Heeresmaterials Einverständnis erzielt. — Wie W.B. von zuständiger Stelle erfährt, sind die Beschlüsse,

die Generalleutnant v. Seeckt heute als Pläne in der Konferenz vorgelegt hat, von den betreffenden anwesenden Kabinettsmitgliedern nach langen eingehenden Beratungen einstimmig gefaßt worden.

Von unserem Berliner Korrespondenten wird uns noch berichtet:

General von Seeckt schlug weiter vor, die Einsammlung der unrechtmäßig vorhandenen Waffen binnen Jahresfrist zu vollziehen. Ebenso sollen in kurzen Fristen, die länger sind als die für die Reduzierung des Heeres, die Infanterie-Brigaden herabgesetzt werden und die verbotenen Spezialtruppen aufgelöst werden. Dagegen forderte Seeckt eine Anzahl kleinerer Konzessionen, so die Befassung schwerer Kanonen für Schulzwecke, die Erhöhung der Anzahl von Sanitätsoffizieren und eine kurze Weisungszeit für die Freiwilligen vor ihrer 12jährigen Anstellung. In einer Sitzungspause berieten die Alliierten die Vorschläge mit ihren militärischen Sachverständigen. Nach der Pause erklärte Lloyd George in einer ausführlichen Rede, er wolle die deutsche Regierung keineswegs verdächtigen oder mißtrauisch behandeln, doch müsse sie selbst einsehen, daß der jetzige Zustand in Deutschland eine Gefahr nicht nur für die Nachbarn, sondern auch für Deutschland selbst sei. Die Herabsetzung des deutschen Heeres in fünf Vierteljahre lehnte Lloyd George rundweg ab und erklärte, er könne nicht mehr als drei Monate Aufschub bewilligen. Dann ergriff noch Simons das Wort und erklärte zum Schluß die Bereitwilligkeit der deutschen Heeresverwaltung, den gegnerischen Sachverständigen genaue Pläne zu unterbreiten, in denen nebenbei auch die Ausführung der Entwaffnung und die Herabminderung des Heeres, die auf 100 000 Mann in Angriff genommen werden müsse, dargestellt werde. — Der weitere Fortgang der Konferenz hängt noch immer von der Verständigung in der militärischen Frage ab. Ob nach der militärischen Frage zuerst die Frage der Kriegsschuldigen oder erst die Wiedergutmachungsfrage beraten wird, scheint noch nicht klar zu sein, da darüber ein gewisser Streit zwischen den Engländern und den Franzosen besteht. Die Engländer wünschen, daß vor allen Dingen die Frage der Kriegsschuldigen behandelt werden soll, während die Franzosen für diesen Punkt nur wenig Interesse zeigen und wünschen, daß die Kohlenfrage vorweg genommen wird.

### Die Lage ist ernst.

III. Kopenhagen, 7. Juli. Der Korrespondent der Politiken berichtet aus Spa, daß die Lage sehr ernst ist. Wenn nicht von gewisser Seite eingegriffen worden wäre, würde es schon am Dienstag zum Abbruch der Verhandlungen gekommen sein.

Natürlich würden die hier vorgeschlagenen Maßnahmen den Wucher mit den Nahrungsmitteln keineswegs restlos beseitigen, sie könnten aber doch wesentlich dazu beitragen, eine gewisse Einschränkung herbeizuführen und die Preise auf einen einigermaßen erträglichen Stand zu bringen.

Für Thüringen hat eine Besprechung der Wirtschaftsbevollmächtigten der Städte bereits am 5. Juli in Eisenach stattgefunden.

### Demonstrationen gegen den Lebensmittelwucher in Berlin.

Berlin, 8. Juli. (N.) Wegen zu hoher Lebensmittelpreise kam es gestern in der Markthalle am Markensinde-Platz zu Unruhen. Die Menge suchte die Verkaufsstände zu kirmen. Der Polizei gelang es aber schließlich, die Menge zu zerstreuen. Abends entstand vor dem Laden der Gemüsehandlung von Winterfeld an der Ecke der Bienenstraße eine große Ansammlung infolge der dortigen hohen Ritzchenpreise von 3.50 M. für das Pfund. Nach Herabsetzung der Preise gingen aber die Leute auch hier auseinander.

### Ausschreitungen in Königsberg.

Königsberg, 7. Juli. Auf dem altstädtlichen Markt und auf dem Fischmarkt wurde heute früh eine Anzahl Verkaufsstände geplündert. Die Verkäufer wurden mißhandelt. Als die Menge auch ein Schuhgeschäft zu plündern drohte, erließen ein starkes Aufgebot Sicherheitspolizei mit Maschinengewehren und säuberte die Straße.

### Aufhebung des Ausnahmezustandes in Gotha.

Gotha, 8. Juli. (N.) Nach der Bildung der neuen Regierung wurde der Ausnahmezustand im Freistaat Gotha gestern aufgehoben.

### Furchtbares Grubenunglück in Ungarn.

III. Frankfurt, 8. Juli. Die Frankfurter Zeitung meldet aus Budapest: Durch die Explosion eines Dynamitlagers im Hungarischacht des Aeminaer Kohlenbergwerks wurden 210 Bergleute getötet, 170 Verletzte sind bisher geborgen.

## In der Klemme.

„Wenn wir sie nur erst am Verhandlungstische haben, dann wird sich die Sache schon machen“, das war der ständige Rehrim der bürgerlichen Presse vor und nach Versailles. Sie haben sie nun am Verhandlungstisch, und die wenigen Tage von Spa haben wohl genügt, den deutschen Vertretern zu zeigen, daß sie mit der Entente nicht ebenso umspringen können, wie mit dem deutschen Volke und sie durch leere Redensarten abspelsen. „Geben Sie mir genaue Zahlen, und sagen Sie, bis wann Sie die Herabsetzung des Heeres durchgeführt und die Waffen abgeliefert haben werden“, so rief Lloyd George den deutschen Vertretern zu. Er gab ihnen dann auch gleich das Rezept mit auf den Weg, nach dem sie in Deutschland verfahren sollen. „Schaffen Sie Geleise und führen Sie Straßen zur Erreichung der Gewehrableitung ein.“

Die Entente verlangt den Abbau des deutschen Militarismus, der eine Gefahr für sie ist und in Zukunft auch bleiben wird, wenn ihm die Kräfte nicht gründlich verschüttet werden. Sie weiß genau, daß die deutsche Heeresorganisation und die noch im geheimen und offen bestehenden Teile, die längst aufgelöst sein müßten, der Herd sind, von dem die Schaffung eines neuen großen Heeres und damit die Gefahr eines neuen Krieges vorhanden ist, sobald die bestehenden Klassen Deutschlands wieder Atem schöpfen können. Die deutschen Regierungsmänner mögen noch so oft ihre Friedensliebe beteuern, und die Beteuerung mag bei manchen sogar echt sein, das bedeutet nichts, wenn die alldeutschen und militaristischen Kreise in Deutschland wieder Oberwasser bekommen. Wer in Deutschland seit 1870 wirklich regiert und wer bei allen politischen Entscheidungen den Ausschlag gegeben hat, darüber besteht heute kein Zweifel mehr.

Herr Gehler und von Seeckt haben bei all ihren Reden betont, die Herabsetzung des Heeres auf 100 000 Mann könne nicht erfolgen, weil sonst die Ruhe und Ordnung nicht aufrechterhalten und die Wirtschaft nicht wieder aufgebaut werden könne. Sie haben es so dargestellt, als ob die Arbeiterkraft oder Teile von ihr nur darauf lauerten, bis die Herabsetzung des Heeres durchgeführt sei, um dann sofort mit dem Aufstand zu beginnen; sie haben weiter den Anschein erweckt, als ob die Arbeiterkraft noch äußerst stark mit Waffen versehen sei. Mit besonderer Ausführlichkeit, so heißt es im Bericht, ging General von Seeckt auf die Gewehrfrage ein. Nach den Ausführungen von Lloyd George, wonach von Seeckt von 3 Millionen Gewehren gesprochen hat, muß geschlossen werden, als ob sich diese in den Händen der Arbeiterkraft befänden, denn sonst wäre die Bemerkung Lloyd Georges, daß mit diesen Waffen bolschewistische Fehdzüge unternommen und die Nachbarn bedroht werden könnten, nicht verständlich. Hat Seeckt wirklich derartiges behauptet, dann hat er mit verwerflichen Mitteln operiert.

Natürlich hat die Entente ein Interesse daran, daß es in Deutschland keine bewaffneten Arbeiter gibt. Aber so dumm ist sie nicht, daß sie die ganze Frage der Abrüstung und Beringerung des Heeres auf diese Karre schieben ließe. Sie weiß genau, daß die Gefahr nicht bei den bewaffneten Arbeitern, sondern beim bewaffneten Militär liegt, namentlich aber bei den Formationen, die eigentlich schon längst aufgelöst sein müßten, es aber bis zum heutigen Tage nicht sind. Die Weigerung der deutschen Regierung, endlich mit der Herabminderung des Heeres auf 100 000 Mann und der Abrüstung ernst zu machen, muß bei der Entente den Eindruck verstärken, daß sie nicht gewillt ist, den Friedensvertrag in diesem Punkte zu erfüllen. Die deutsche Öffentlichkeit hat ein sehr starkes Interesse daran, zu erfahren, welche verhängnisvolle Politik ihre Vertreter in Spa treiben. Darüber ist sich der größte Teil des deutschen Volkes einig, daß die Herabminderung des Heeres und die Abrüstung nach den Bestimmungen des Friedensvertrages geschehen muß, weil dies im Interesse der internationalen Beziehungen und selbst der nationalen Interessen notwendig ist.

Es ist eine Ungeheuerlichkeit, wenn Herr Gehler immer wieder behauptet, die 200 000 Mann Soldaten seien zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in Deutschland und zum Aufbau der Wirtschaft nötig. Das gerade Gegenteil ist richtig. Die Regierung hätte schon längst mehr zum Aufbau der Wirtschaft beitragen können, wenn sie auf wirtschaftlichem Gebiet nicht ebenso den Kapitalisten untertan wäre, wie sie es auf militärischem den Militaristen gegenüber ist. Was hat sie denn getan, um das Wirtschaftsleben wieder in Gang zu bringen? Nach Herabsetzung der Löhne, Hinausschiebung der Arbeitszeit und Beseitigung der Arbeitslosenunterstützung hat sie in einemfort gerufen. Herr Feilerbach hat dies deutlich ausgedrückt, als er im Reichstage davon sprach, die jetzige Regierung werde die Politik der bisherigen fortsetzen; er wird freilich die Erfahrung machen, daß er damit ebenso schnell am Ende des Lateins sein wird wie die bisherige Regierung. Selbst wenn die Entente der deutschen Regierung wesentlich entgegenkäme, so wäre dadurch die deutsche Wirt-

### Studienkommission nach Rußland.

Berlin, 8. Juli. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) Wie unser Berliner Korrespondent aus zuverlässiger Quelle erfährt, hat die Sowjet-Regierung nunmehr prinzipiell ihre Einwilligung zu der Einreise der deutschen Wirtschafts-Studienkommission nach Rußland gegeben. Es handelt sich bei der Entsendung dieser Kommission um Beratungen, die vor der Abreise Kadeks zwischen diesem und der deutschen Regierung getroffen worden sind. Die Kommission, in der der führende Mann der ehemalige Staatssekretär August Müller sein wird, soll außerdem eine Reihe deutscher Wirtschaftspolitiker und -praktiker enthalten. So sind bisher die Namen des Rechtssozialisten Quessel und des Agrarsozialisten Hollmann genannt worden. Die Studienkommission ist ein privates Unternehmen der deutschen Industrie und der politischen Parteien. Es ist möglich, daß ihr in gewisser Weise ein leichter amtlicher Anstrich gegeben wird, eine Konzession, die der Sowjet-Regierung sehr erwünscht wäre. Sobald die nötigen Formalitäten erledigt sind und die Kommission endgültig zusammengestellt ist, wird sie sich nach Rußland begeben. An der Zusammenfassung der Kommission ist außer August Müller der Direktor der A. E. G., Geheimer Kommerzienrat Fetz Deutsch, beteiligt.

### Gegen den Nahrungsmittelwucher.

In einem Aufruf an die deutschen Städte schlägt der Vizebürgermeister Dr. Trautner eine gemeinsame Aktion der Städte gegen den Wucher und Gemüßwucher vor. Die deutschen Städte müßten unbedingt sofort einheitliche Richtpreise festsetzen und zur Überwachung deren Einhaltung die Polizei und Handwerkskammer sowie vor allem auch die Einwohnerschaft in gleicher Weise heranziehen. Ein Aufruf an die Einwohnerschaft müßte diese zur Mitarbeit auffordern, jede Preisüberschreitung müsse zur sofortigen Wucheranzeige und Schließung des Geschäfts oder Verbot des Verkaufes führen. Polizei und Abgeordnete der Einwohnerschaft müßten gemeinsam die Marktaufsicht in die Hand nehmen.